

Wien, Samstag, den 14. Oktober 1911, vormittags.

Eigene Erinnerung an die Probefahrt des Lloyd dampfers „Wien“:

Gestern nachmittags erschienen ~~der~~ Bgm. Dr. Neumayer, VB Dr. Porzer, Sektionsschef Dr. von Mahl-Schedl, Vizepräsident der Urania, Landesauschuß Regierungsrat Prof. Sturm, die Vertreter des Landesverbandes für Fremdenverkehr Dr. Hillischer und Kommerzialrat Otto Maass, der Delegierte der Handels- und Gewerbekammer Dr. Fischmeister, mehrere Vertreter des österr. Lloyd, zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte, und sonstige kommunale Würdenträger, in den Bureaux der österr. ung. Kino-Industrie, G. m. b. H. welche sich als erstes inländisches Unternehmen mit der Erzeugung von kinematographischen Films beschäftigt, um die jüngsten Aufnahmen der Gesellschaft in Augenschein zu nehmen. - Als erster Programmpunkt gelangte die Probefahrt des neuen Lloyd dampfers „Wien“ zur Vorführung, der die Herren größtenteils in Triest persönlich beigewohnt haben. - Mit herzlichem Beifall begrüßten die Herren ihre wohlgetroffenen Konterfeis. - Spazirgänge durch Wien, die Ablösung der Burgwache, Ansichten vom Gänsehäufel, schließlich Landschaftsbilder aus Kroatien vervollständigten das durchwegs österreichische Programm. - Der Bürgermeister und die übrigen Herren sprachen den leitenden Funktionären der Kino-Industrie ihre vollste Zufriedenheit aus und sagten dem heimischen Unternehmen die weitestgehende Förderung zu. -

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat tritt in der kommenden Woche am Dienstag, den 17. d. M. um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung für diese Sitzung stehen bisher 13 Referate, darunter das Referat über die Notstandsaktion in der Wohnungsfürsorge, dann vom Approvisionierungsausschusse das Referat über das Ausfuhrverbot für Futtermittel, die Errichtung eines Nutz- und Zuchtviehmarktes in Wien, Erweiterung des Marktplatzes am Eugenplatz in Favoriten, das Anbot des Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereines wegen Offenhaltung der Wärmestuben während der Nacht und mehrere laufende Angelegenheiten, Schadloshaltungen, Zuschaukredite etc. Der Stadtrat tritt Dienstag, Mittwoch und Donnerstag zu Sitzungen zusammen. - Freitag beginnt der österreichische Städtetag seine Beratungen, über welche an anderer Stelle berichtet wird. Morgen Sonntag wird der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz für dieses Jahr zum letzten Mal in Betrieb gesetzt werden.

Österreichischer Städtetag. Freitag tritt im Gemeinderats-Sitzungssaale des Wiener Rathauses der 8. österreichische Städtetag zu seinen Beratungen zusammen. Wichtige Gegenstände von aktueller Bedeutung werden ihm diesmal beschäftigen. Über die Bekämpfung der Lebensmittelteuerung wird StR. Rain berichten und dem österreichischen Städtetag folgende Anträge vorlegen:

Der österreichische Städtetag spricht die Ueberzeugung aus, daß die gegenwärtige Teuerung einen solchen Umfang angenommen hat, daß die Grundpfeiler des Staates, der Arbeiter- und Mittelstand, in der Existenz bedroht und die Grundlagen der modernen Kultur auf das schwerste erschüttert werden. Der Städtetag erklärt weiters, daß die Gemeinden dieser mit der Wirtschaft des ganzen Staates im Zusammenhang stehenden Teuerung ohnmächtig gegenüberstehen und daß es nur in der Macht des Staates liegen kann, hier Abhilfe zu schaffen. Von diesen Erwägungen ausgehend richtet der Städtetag an die k.k. Regierung die dringende Mahnung, ungesäumt mit den erforderlichen ernsten, einen praktischen Erfolg verbürgenden und durchgreifenden Maßnahmen vorzugehen, die sich hauptsächlich in folgenden Bahnen zu bewegen hätten: 1.) Hebung der Landwirtschaft in jedem Belange. Förderung der Bildung von Organisationen der landwirtschaftlichen Kreise behufs Erleichterung des Betriebes und Absatzes (insbesondere bezüglich der Vieh- und Milchverwertung) Einwirkung auf die Landwirtschaft im Sinne einer Anpassung an die Bedürfnisse des Konsums. 2.)

Abschaffung des Blankoterminhandels überhaupt und insbesondere des Getreideterminhandels in Ungarn. 3.) Schaffung eines staatlichen Besitzes an Kohlen- und Petroleumgruben in solchem Ausmaße, daß ihm auf die Bildung der Preise ein Einfluß zusteht, weiters Einleitung der Monopolisierung des Kohlenbergbaues und der Petroleumgewinnung und Reformierung des Berggesetzes. 4.) Bekämpfung der Uebergriffe der Kartelle durch Erlassung eines Kartellgesetzes und $\frac{1}{2}$ zeitweise Suspension der Zölle. 5.) Beseitigung der Hoheitszölle für Agrarprodukte. 6.) Zulassung und Förderung der Einfuhr - insbesondere von Fleisch - aus dem Auslande in jenen Fällen, in denen die heimische Produktion dem Bedarfe nicht genügen kann und auf erwiesene Tatsachen gegründete sanitäts- und veterinärpolizeiliche Bedenken nicht vorliegen. 7.) Regelung der Milchkontrolle, Erlassung einer Milchverkehrsordnung. 8.) Ermäßigung der Eisenbahntarife für Lebensmittel (Einführung von Tarifsätzen ohne Rücksicht auf die Entfernung, insbesondere für Milch - Milchporto), Regelung des Eisenbahnverkehrs unter Beistellung genügender und geeigneter Transportmittel (Beistellung von Sammel- und Kühlwaggons, Beförderung von Lebensmitteln mit Personenzügen, Beschleunigung der Transporte, Einführung von Milchzügen, Verbesserung der Stationsrichtungen).

Über den neuen Gesetzentwurf, betreffend die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten wird StR. Dr. Haas referieren und folgende Resolution vertreten:

Der österreichische Städtetag begrüßt die Einbringung des Gesetzentwurfes, betreffend die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten auf das wärmete, gibt der Erwartung Ausdruck, daß das hohe Abgeordnetenhaus ehestens in die Beratung dieses für die Sanitätsverwaltungs- der städtischen Gemeinwesen so überaus wertvollen und dringend notwendigen Gesetzentwurfes eingehen wird, und schließt sich der von der Gemeinde Wien am 2. März 1911 eingebrachten Petition vollinhaltlich an.

Hinsichtlich der Wohnungsfürsorge stellt VB. Hoß nachstehende Leitsätze auf:

1. Durchführung einer planmäßigen systematischen Bodenpolitik seitens der Gemeinden.
2. Herstellung entsprechender Verkehrsmittel, welche eine billige Beförderung aus dem Zentrum des Stadtgebietes an die Peripherie ermöglichen.
3. Aenderung der Bauordnungen durch Aufnahme von Bestimmungen, welche den Gemeinden eine entsprechende Einflußnahme auf die rechtzeitige Erschließung der noch unverbauten Terrains für die Verbauung sichern.
4. Ehebaldigste gesetzliche Einführung des Rechtsinstitutes des Erbbaurechtes.
5. Einführung einer Wertzuwachsabgabe als eine kommunale Abgabe.
6. Einführung

einer Wohnungsgestatistik und einer Wohnungsnachweisung. 7. Aenderung der Bauordnungen durch Gewährung von Bauerleichterungen für Kleinwohnhausbauten. 8. Durchgreifende Reform der Gebäudesteuergesetzgebung, vorerst Erwirkung einer weitgehenden Steuerbefreiung für Kleinwohnhausbauten. 9. Regelung des Kartellwesens. 10. Erwirkung einer Ermäßigung der staatlichen Vermögensübertragungsgebühren. 11. Aenderungen der gesetzlichen Bestimmungen über das Hypothekar-Kreditwesen in der Richtung, daß eine Heranziehung der Kreditinstanzen zur Belehnung von Liegenschaften in größerem Umfange als bisher und eine Verbesserung der Belehnungsverhältnisse erzielt wird. 12. Unterstützung der gemeinnützigen Bautätigkeit seitens der Gemeinden durch Ueberlassung von Grund und Boden unter Festsetzung solcher Bedingungen, welche die Schaffung gesunder und billiger Wohnungen gewährleisten.

Über die Gänserung der Gemeinde-Finanzen referiert Troppan. Der bezügliche Antrag lautet:

Der österreichische Städtetag gibt seinem Bedauern, aber auch seinem Befremden Ausdruck, daß die Regierung seine oftmaligen Eingaben, in denen die Finanznot der Städte dargestellt und Vorschläge betreffs dauernder staatlicher Hilfsmaßnahmen dargelegt wurden, bisher vollständig unbeachtet ließ. Der österreichische Städtetag hält es für eine Pflicht der Regierung und gesetzgebenden Körper und erwartet von denselben, daß sie endlich der sich immer bedenklicher gestaltenden Finanzlage der Gemeinden und in Sonderheit der Städte ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden, die vom Städtetag gemachten Vorschläge zur dauernden Gesundung der Städtefinanzen in ernste Erwägung ziehen und jene gesetzlichen, bzw. verordnungswegigen Maßnahmen einleiten, welche eine dauernde Gesundung der Finanzwirtschaft der Städte gewährleisten. Der ständige Ausschuss wird ersucht, in diesem Sinne an die Regierung und das Abgeordnetenhaus Eingaben zu richten und die Reichratsabgeordneten der städtischen Wahlbezirke aufzufordern, daß sie nach Kräften im Sinne der vorstehenden Mahnung wirken. Der ständige Ausschuss wird ferner ersucht, auch mit anderen Städtevereinigungen dahin ein Einvernehmen herbeizuführen, daß dieselben gleiche Schritte unternehmen wie der österreichische Städtetag.

Für die Verhandlungen ist vorläufig ein Tag in Aussicht genommen, sollten dieselben jedoch nicht zu Ende geführt werden, so werden sie Samstag fortgesetzt werden.

Georg Cooch-Denkmal. Für die Errichtung eines Denkmals für Georg Cooch, den Schöpfer der Postsparkassa war bekanntlich eine Konkurrenz ausgeschrieben worden, an welcher sich 5 Bildhauer beteiligten. Das Denkmal-Komitee hat nun in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß gefaßt, dem unter dem Motto „Chek“ eingelangten Projekte des Bildhauers Scherpe die Zustimmung zu erteilen und diesem Künstler die Ausführung der Arbeiten zu übertragen. Das Denkmal soll bekanntlich in der Gartenanlage vor dem Postsparkassenamts-Gebäude zur Aufstellung gelangen und wird sich sehr wirkungsvoll der Architektur des Gebäudes anpassen. Die Architektonik rührt von Architekt Bau-rat Berat her. Das Komitee trägt sich weiters mit der Absicht, die sterblichen Ueberreste Coochs, welcher in Pera bei Konstantinopel begraben ist, zu exhumieren und in einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof beizusetzen. Dieses Grab soll auch mit einem künstlerischen Grabdenkmal geschmückt werden. Nach dem für dieses Grabdenkmal noch nicht genügende Mittel vorhanden sind, ergeht an alle Freunde des Reorganisators der Postsparkassa der Apell zur Ausführung eines würdigen Grabdenkmals beizutragen. Spenden nimmt die Mag.-Abt. 28 im neuen Rathause entgegen.

Erwerbsteuer-Wahlen. Am Montag, den 16. d. M. beginnen die Wahlen in die Erwerbsteuer-Kommissionen mit der 4. Erwerbsteuer-Klasse. Am 18. d. M. finden die Wahlen in die 3., am 20. die Wahlen in die 2. und am 23. die Wahlen in die 1. Erwerbsteuer-Klasse statt. In der 4. Erwerbsteuerklasse sind 103.548, in der 3. 20.508, in der 2. 6158 und in der 1. 620 ~~Wahlberechtigte~~ ~~erwerbsteuerpflichtige~~ Personen wahlberechtigt. Bei den Wahlen im Jahre 1909 wählte die 4. Erwerbsteuerklasse durchwegs christlich-social, in der 3. Erwerbsteuerklasse drangen nur im 2. Bezirk die fortschrittlichen Kandidaten durch, während alle anderen Bezirke ebenfalls antisemitisch wählten. Für die 1. Erwerbsteuerklasse wurde wie in den Vorjahren so auch heuer eine Kompromißliste aufgestellt.

Benützung von Mansardenräumen zu Wohnzwecken. Der Ausschuss des Vereines der Hausbesitzer im 15. Bezirk hat in seiner letzten Sitzung einstimmig folgende Resolution gefaßt: Der Bürgermeister wird dringendst ersucht, den Gemeinderat der Stadt Wien zu veranlassen, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtig herrschende Not an kleinen Wohnungen die Benützung der Mansardenräume zu Wohnzwecken u-zw. ehestens bis auf Widerruf bewilligt wird.